

**BESSER MIT
EUROPA.**



Ein Recht auf Menschenwürde für ältere Menschen in Europa

Senior*innenorientierte Politik

Impressum

Herausgeber:

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Bundesvorstand

Keithstraße 1, 10787 Berlin

www.dgb.de

verantwortlich: Anja Piel, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB

erarbeitet von: Arbeitskreis Senior*innenpolitik

Stand: März 2024

Rückfragen:

Klaus Beck, Bundessenioren*innenbeauftragter DGB

seniorenpolitik.bvv@dgb.de

Diese Broschüre wurde von den Mitgliedern des Arbeitskreis Senior*innenpolitik des DGB geschrieben. Dieser besteht aus Vertreter*innen der acht Mitgliedsgewerkschaften sowie der DGB-Bezirke. Ihm sitzt der Bundessenioren*innenbeauftragte vor.

Inhalt

Vorwort	4
Unsere Forderungen an eine senior*innen orientierte Europapolitik	5
1 Abbau von Altersdiskriminierung	6
2 Digitalpakt für Ältere.....	7
3 Altersversorgungssysteme und Altersarmut.....	8
4 Mobilität.....	9
5 Wohnen im Alter und hohem Alter.....	10
6 Bildung und Kultur	11
7 Sicherheit und sicheres Leben im Alter	12
8 Ausbau politischer Teilhabe älterer Menschen.....	13
9 Kampf gegen Rechtspopulismus.....	14
10 Sozialer Isolation und Einsamkeit im Alter entgegenwirken.....	15
11 Förderung der Forschung zur Lebenssituation im Alter	16
12 Internationale Arbeit der EU	17

Vorwort



Quelle: DGB/Joanna Kosowska]

Der Artikel 25 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union besagt, dass ältere Menschen ein Recht auf ein würdiges und unabhängiges Leben sowie auf Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben erhalten müssen. Obwohl diese Altersgruppe mindestens 25% der europäischen Bevölkerung ausmacht, werden Senior*innen mit ihren Interessen in der Regel von der Politik nicht ausreichend wahrgenommen. Keine der demokratischen Partei in Deutschland widmet dieser Altersgruppe in ihren Wahlprogrammen mehr als eine Randnotiz, diese dann zumeist nur im Zusammenhang mit dem Thema Pflege. Doch die wenigsten Senior*innen sind pflegedürftig, nur 4% benötigen eine Pflegeeinrichtung – und das oft auch erst im sehr hohen Alter.

Senior*innen sind aktiv, unternehmenslustig, haben Zeit und wollen zu Recht das Leben genießen – nachdem sie lange genug gearbeitet haben. Sie wollen sich einbringen: sowohl auf politischer als auch auf sozialer, sportlicher oder kultureller Ebene. Durch ihre ehrenamtliche Arbeit wird das Zusammenleben in den Kommunen auf vielfältige Weise bereichert.

Sie sind aber auch europaweit engagiert und weil sie noch das Leben mit nationalen Grenzen kennen, wissen sie offene Grenzen in einem überwiegend friedlichen Europa zu schätzen. Damit der demokratische Zusammenhalt in Europa weiterwächst. Macht es Sinn, dass Politiker*innen die Interessen dieser Altersgruppe im Blick haben und sich auch für ihre Belange einsetzen. Dass Menschen zum Glück immer älter werden, ist keine zunehmende Last für die Gesellschaft, sondern positive Bereicherung.

Politik für ältere Menschen muss viele Felder in den Blick nehmen und lässt sich eben nicht nur auf sozialpolitische oder gesundheitspolitische Aspekte reduzieren. Von dem Wissen der Senior*innen, von ihrer Erfahrung, ihren Fähigkeiten und ihrem Willen, sich freiwillig in gesellschaftlichen Aufgaben zu engagieren, profitiert die Gesellschaft schon jetzt und kann dies in Zukunft noch mehr tun. Es kommt jetzt darauf an, Wechselwirkungen zwischen den Generationen zugunsten eines modernen Altersbildes Raum zu geben. Einen ebenso großen Raum braucht die Teilhabe älterer Menschen am politischen Geschehen in ihrem jeweiligen Umfeld, aber auch in Europa.

Senior*innen entscheiden mit darüber, wer im kommenden Europäischen Parlament sitzt. Deswegen lohnt der Blick darauf, was die europapolitischen Themen der Parteien sind und welche Auswirkungen sie für Senior*innen haben. Hier gilt es, den demokratischen Parteien gut auf den Zahn zu fühlen, um dann klug zu entscheiden. Vor der Wahl!



Anja Piel

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands

Unsere Forderungen

an eine senior*innenorientierte Europapolitik

- Keine Diskriminierung aufgrund des Alters, z. B. bei Versicherungen, Kreditvergaben, Ehrenämtern wie Schöffendiensten – eine EU-Antidiskriminierungsrichtlinie aufgrund von Alter ist überfällig!
- Ein Digitalpakt, der ältere Menschen qualifiziert, Berührungängste abbaut und sofern nötig, mit technischen Geräten ausstattet. Gleichzeitig müssen analoge Alternativen weiterhin möglich sein – das Recht auf ein analoges Leben muss gegeben bleiben.
- Ein Leben im Alter darf kein Leben in Armut sein!
- Bezahlbare und dem Alter angepasste Mobilität muss ausgebaut werden.
- Förderung und Schaffung von bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum inkl. dem Ausbau der Rehaförderung zur Erhaltung und Rückgewinnung der Selbständigkeit bis ins hohe Alter.
- Zugang zu Teilhabe am kulturellen und sportlichen Leben sowie adäquate Bildungsangebote müssen ausgebaut werden.
- Mehr Aufklärung und besserer Schutz vor Straftaten wie z. B. Enkeltrick und eine verbesserte Strafverfolgung sind geboten.
- Politische Entscheidungen dürfen nur mit und nicht über ältere Menschen getroffen werden, sofern sie ihre Lebensweise betreffen.
- Erhalt und Ausbau eines friedlichen und demokratischen Europa mit offenen Grenzen und positiver nachbarschaftlicher Einstellung.
- Soziale Isolation und Einsamkeit abbauen: Strategien entwickeln und mehr Förderung auf lokaler Ebene für entsprechende Angebote.
- Alt sein heute heißt teilnehmen und aktiv dabei sein: mehr Forschung zu einem aktiven, gesunden und diskriminierungsfreien Leben.
- Aktive Rolle der EU bei der Verhandlung einer UN-Altenrechtskonvention zum Schutz der Rechte Älterer.

1 Abbau von Altersdiskriminierung

Wir brauchen eine europäische Antidiskriminierungsrichtlinie für ältere Menschen

Diskriminierung aufgrund des Alters findet in zahlreichen Bereichen statt. An bestimmten Stellen kann aber die Politik schnell Abhilfe schaffen: so z. B. bei Finanzdienstleistern oder Versicherungen, aber auch wenn es um ehrenamtliche Funktionen im öffentlichen Leben wie Schöffendienste geht.

Senior*innen werden in der Werbung als kaufkräftige Zielgruppe (Silver-Ager) umworben, gleichzeitig aber erhalten Menschen, die ein gewisses Lebensalter überschritten haben, schwieriger einen Kredit, müssen höhere Versicherungsprämien zahlen oder werden bei der Vergabe von Wohnungen benachteiligt. Haben sie noch einen migrantischen Hintergrund, so wird es für sie noch schwerer. Zu wenig wird auch die Frage bearbeitet, wie ältere Menschen verschiedener sexueller Orientierungen Diskriminierung im Alter erfahren.

Elektronische Algorithmen schließen Ältere von bestimmten Dienstleistungen aus oder weisen ihnen ein höheres Risiko zu. Das könnte durch eine gesetzliche Anpassung unterbunden werden, da es sich hierbei um europaweit agierende Unternehmen und Dienstleistungsanbieter handelt. Es braucht jetzt eine europäische Antidiskriminierungsrichtlinie, die Alter als Diskriminierungsgrund aufnimmt.

2 Digitalpakt für Ältere

Wenn die Ausgangsüberlegung richtig ist, dass Senior*innenpolitik älteren Menschen ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben ermöglichen und soziale Teilnahme fördern und sichern soll, dann ist die Teilnahme auch am digitalen Leben dringend erforderlich.

Mit der Digitalisierung verwandelt sich auch der Alltag älterer Menschen. Es findet immer mehr eine Umstellung auf digitale Verwaltungsakte, Online-Banking, der Umbau von Kommunikation durch neue Kommunikationsmöglichkeiten oder das selbstständige Buchen über Online-Portale statt. Bei der Organisation des Alltags sind wir heute also mehr denn je auf Computer, das Internet oder Hotlines angewiesen. Gerade älteren Menschen fehlen jedoch oft noch die dazu benötigten digitalen Kompetenzen, aber zum Teil auch die finanziellen Möglichkeiten. Die Omnipräsenz von Digitalisierung in fast allen Bereichen der Alltagsbewältigung führt vor diesem Hintergrund zur sozialen Spaltung der älteren Generation. Älteren Menschen ohne entsprechende finanzielle Sicherheit wird eine Teilhabe am digitalen Leben nicht möglich sein.

Aus all diesen Gründen ist neben einem Digitalpakt für ältere Menschen, dem besseren Ausbau von Qualifizierungsmöglichkeiten für Ältere, dringend auch die Sicherung des analogen Zugangs bei allen öffentlichen Dienstleistungen erforderlich.

Daher fordern wir ausdrücklich, dass es auch ein Recht auf ein Leben ohne Internet und ohne Digitalisierung geben muss. Analoge Zugänge und Angebote, wie zum Beispiel bei Behördenangelegenheiten, Fahrscheinkauf, Bankgeschäften und vieles mehr müssen weiterhin und ohne Nachteile, wie erhöhte Servicegebühren, verfügbar sein und vorgehalten werden. Die Organisation einer „aufsuchenden Verwaltung“ für immobile Menschen muss zum europäischen Standard entwickelt werden.

Nichtsdestotrotz ist aber auch ein Digitalpakt für ältere Menschen in Europa dringend erforderlich, der folgende Punkte umfassen sollte:

- Verfügbarkeit des Internets für alle gewährleisten, unabhängig von Wohnort, Wohnform und finanziellen Möglichkeiten. Dazu ist sicherzustellen, dass in allen Bereichen ein leistungsfähiges Netzangebot zu günstigen Preisen verfügbar ist.
- Es sind niederschwellige und beratende Angebote zum Erwerb von digitalen Kompetenzen und entsprechende Bildungsangebote, auch durch europäische Mittel, dringend zu fördern.
- Es ist dringend notwendig, dass es ein Förderprogramm für öffentliche Einrichtungen, wie Bibliotheken, Volkshochschulen, kommunale Stellen und auch Senior*innen-Treffs gibt. Hierzu müssen entsprechende Ausstattungen gefördert werden bzw. Förderrichtlinien so angepasst werden, dass Jugendeinrichtungen, z. B. vormittags auch von älteren Menschen genutzt werden können.

3 Altersversorgungssysteme und Altersarmut

Ältere Menschen haben ein hohes Interesse an einem funktionierenden Sozialstaat, in dem eine ausreichende und der Arbeitsleistung angemessene Altersversorgung gesichert wird. Sie haben in ihrem bisherigen Leben viel für die Gesellschaft geleistet. Dies gilt es bei den Alterssicherungssystemen abzubilden. Diese Systeme müssen dem geleisteten Beitrag bei der Arbeit und in der Gesellschaft gerecht werden. Eine gute Absicherung älterer Menschen ist auch in alternden Gesellschaften ein Versprechen für die jüngeren Generationen: ein Versprechen, dass die Elterngeneration versorgt ist, aber auch der eigene Lebensabend später auskömmlich gestaltet werden kann.

Die Rentensysteme, so unterschiedlich sie in der EU auch sind, müssen zukunftssicher gemacht werden. Wer sein Leben lang gearbeitet hat und/oder Familienarbeit geleistet hat, der darf im Alter nicht in Armut leben müssen.

4 Mobilität

Menschen im Alter haben besondere Anforderungen an Mobilität, die entsprechend ihren Bedürfnissen ausgebaut und geplant werden sollte.

Um die Mobilität älterer Menschen zu erhöhen, ist ein konsequenter flächendeckender Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs ebenso dringend erforderlich, wie ein ausreichendes öffentliches, barrierefreies und ökologisches Fernverkehrsnetz.

Entsprechende Senior*innentickets müssen gewährleisten, dass Mobilität bezahlbar für die ältere Generation ist und bleibt. Dabei dürfen die Fahrkarten nicht zeitlich eingeschränkt sein, denn wer z. B. zur Blutentnahme muss, muss frühmorgens aus dem Haus und kann nicht warten, bis die Fahrkarte es erlaubt.

Der grenzüberschreitende Raum braucht darüber hinaus eine Anerkennung der Fahrkarten ohne höhere Kosten, denn Senior*innen machen heute nicht mehr an der Grenze halt. Die Senior*innen von heute sind diejenigen, die durch grenzüberschreitende Begegnungen in den letzten Jahrzehnten Europa zu einem friedlichen Miteinander ausgebaut haben. Die Förderung grenzüberschreitender Projekte durch Kleinfonds der EU oder größere durch die Interreg-Programme müssen unterscheiden, ob staatliche Seiten diese Arbeit leisten oder Ehrenamtliche. Bei letzterem braucht es einen höheren Förderanteil durch die EU.

5 Wohnen im Alter und hohem Alter

Ältere Menschen werden häufig auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt. Brauchen sie eine barrierearme oder -freie Mietwohnung, sind sie bei Umbaumaßnahmen gesetzlich nicht geschützt. So gibt es in Deutschland bei Mietwohnungen kein Recht auf einen barrierefreien Umbau, auch nicht, wenn dieser selbst bezahlt werden würde. Er müsste sogar auf Verlangen rückgebaut werden.

Tritt also Fall ein, dass ein älterer Mensch eine solche Wohnung benötigt und nicht umbauen kann oder darf, bleibt häufig nur noch der Schritt in eine Senior*inneneinrichtung, da es an entsprechenden Wohnungen bundesweit mangelt. Dies hat dann oft zur Folge, dass die gewohnte Umgebung verlassen werden muss und es zum Abbruch langjähriger sozialer Kontakte kommt.

Es braucht dringend von Seiten der EU mehr Förderung für den altersgerechten Neu- und Umbau, besonders in Ballungsgebieten. Ebenso muss die Förderung von gemeinschaftlichen Wohnformen zwischen den Generationen europaweit viel stärker finanziell und politisch unterstützt werden. Dies entlastet am Ende auch die derzeit prekäre Situation für alle, die auf Unterstützung im Alltag angewiesen sind.

Damit Menschen so lang wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung wohnen können, müssen die gesundheitlichen Präventionen, aber auch die Unterstützungsangebote angepasst und ausgebaut werden. Gesundheitliche Präventionsmaßnahmen dürfen deshalb keine Altersgrenzen haben.

Auch der Ausbau einer spezialisierten Rehabilitation für ältere Patient*innen ist dringend erforderlich. Pilotprojekte haben gezeigt, dass wer nach einem Schlaganfall ausreichend und über einen langen Zeitraum intensiv an seiner Mobilität arbeitet, auch eine gute Chance auf ein weitgehend selbständiges Leben hat.

Darüber hinaus muss das genossenschaftliche Bauen und der soziale Wohnungsbau deutlich stärker gefördert werden. Für letztere müssen die Bindungsfristen auf mindestens 40 Jahre erhöht werden und die städtischen und staatlichen Grundstücke dürfen nicht mehr dem profitorientierten Immobilienmarkt zur Verfügung stehen

Dringend notwendig ist auch die Abschaffung der Altersdiskriminierung bei der sog. europäischen Wohnimmobilienrichtlinie, so dass auch über 70-Jährige ihr selbstgenutztes Wohneigentum erwerben, erhalten und ausbauen können. Derzeit führen die Hürden für ältere Menschen bei Baukrediten oft dazu, dass diese ihnen für dafür nicht mehr gewährt werden.

6 Bildung und Kultur

Die Nachberufstätigkeit bedeutet für viele Menschen selbst zu bestimmen, was sie noch lernen oder womit sie ihren Alltag verbringen wollen. Dazu braucht es eine gute Infrastruktur. So müssen die Lernorte gut erreichbar sein und auch niedrigschwellige Angebote anbieten, z.B. der kompetente Umgang mit Smartphone, Tablet oder Computer.

Kosten und lange Fahrwege stehen diesem Ziel oft entgegen. Träger von freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements müssen daher gefördert werden, um auch kostenfreie Weiterbildungsangebote anzubieten, gerade dann, wenn sie einen hohen Nutzen für die Gesellschaft haben. Wer als Politiker*in permanent die Digitalisierung der Verwaltung und der Gesundheitsversorgung fordert, muss auch dafür sorgen, dass die Menschen vor Ort mitgenommen werden.

Neben den niedrigschwelligen Angeboten gibt es aber auch einen großen Bedarf an vielfältiger, z. B. sprachlicher oder kultureller Weiterbildung. So sind die älteren Menschen nach ihrer Berufstätigkeit in der Regel körperlich fit, geistig beweglich und tragen viel zu einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft bei. Sie unterstützen die jüngeren Generationen durch ihr Ehrenamt, sei es als Lernpat*innen in Grundschulen oder als Einzelnotdienst für geschlossene Kitas.

Dieses Potential gilt es gesellschaftlich zu nutzen und durch verstärkte Seminare und Kurse beim Übergang in den Ruhestand zu fördern. Nur so kann die Motivation zum Lernen und zum ehrenamtlichen Engagement erhalten bleiben bzw. geweckt werden. Hier gilt es ganz besonders, zu einem europaweiten Austausch über Maßnahmen in der Phase des Übergangs von Berufstätigkeit und Rentenbeginn beizutragen.

Neben Weiterbildungsangeboten muss aber auch die Teilhabe am öffentlichen Kulturbetrieb oder sportlichen Aktivitäten gegeben sein. Kultur lebt ganz besonders vom Dialog zwischen den Generationen, Sport und vom gemeinsamen miteinander. Die Infrastruktur hierzu muss vorhanden sein und gepflegt werden. Gleichzeitig ist dabei sicherzustellen, dass die Angebote allen Senior*innen, unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, eröffnet werden.

7 Sicherheit und sicheres Leben im Alter

Der Anspruch auf ein sicheres Leben in Europa gilt besonders auch für ältere Menschen. Mittels neuerer Kommunikationstechnologien wird u.a. mit dem sogenannten Enkeltrick versucht, sie grenzüberschreitend um Geld oder Wertsachen zu betrügen. Daher ist es die Aufgabe der europäischen Politik sie zu schützen.

Neben der europaweiten Verfolgung von Straftaten ist ein besonderes Augenmerk auf die Kriminalprävention zu legen, damit Ängste gar nicht erst aufgebaut werden und ein souveränes Handeln möglich ist.

Die Polizeien in Europa sind in jedem EU-Land anders aufgebaut. Diese unterschiedlichen Aufbauorganisationen haben zur Folge, dass auch die Kriminalprävention unterschiedlich strukturiert ist. Deshalb kommt der Europäischen Polizeibehörde (EUROPOL) eine besondere Bedeutung zu.

Unter der Verantwortung von EUROPOL muss eine Einrichtung einer europaweiten Präventionsplattform erfolgen, die von allen EU-Bürgern einfach, barrierefrei und muttersprachlich aufgerufen werden kann. Diese sollte neben den aktuellen regionalen Kriminalitätsphänomenen in den EU-Ländern auch schwerpunktmäßig Kriminalprävention enthalten. Auf dieser Plattform sollten Informationen zur Zuständigkeit und Erreichbarkeit der unterschiedlichen Polizeien in den EU-Staaten ebenso abrufbar sein, wie aktuelle Sicherheitshinweise und Hilfestellungen, um rechtzeitig mögliche Straftaten zu erkennen.

8 Ausbau politischer Teilhabe älterer Menschen

Senior*innen können und sollten als großer Teil der Gesellschaft ihre Interessen selbst vertreten und dazu beitragen, dass diese Interessen im demokratischen Prozess stärker als bisher Berücksichtigung finden.

Politische Entscheidungen können nicht ohne die Mitgestaltung Älterer getroffen werden und auch ihre besonderen Bedürfnisse müssen hier Berücksichtigung finden. Derzeit sind sie in den politischen Prozessen, entgegen der landläufigen Meinung, erheblich unterrepräsentiert.

So wird mehr über die älteren Menschen entschieden als mit ihnen. Das Altersbild in der Politik orientiert sich vorrangig an der Belastung durch Pflege und Versorgung und berücksichtigt dabei nicht, dass die Senior*innen keine homogene Gruppe mit identischen Bedürfnissen sind.

Deshalb ist es notwendig, dass bei politischen Entscheidungen, die getroffen werden, die besonderen Bedürfnisse und die besondere Bedeutung älterer Menschen und ihrer Vielfalt berücksichtigt werden. Dies geschieht am besten auf der Basis von gesetzlich einheitlich geregelten Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten von Senior*innen auf allen europäischen politischen Ebenen. Österreich sei hier beispielhaft empfohlen.

Ein erster Schritt dazu könnte sein, eine Übersicht auf europäischer Ebene über die gesetzlichen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsgremien von Senior*innen zu erstellen und gleichzeitig durch entsprechende Fachkonferenzen einen Austausch dieser Gremien zu ermöglichen.

9 Kampf gegen Rechtspopulismus

Rechtspopulismus ist gefährlich und verdient besondere Wachsamkeit. Nationalismus, Rassismus, und Antisemitismus sind Elemente einer antidemokratischen Bewegung und keine Alternative.

Rechtsextremes Gedankengut ist in Europa, trotz der Erfahrungen des ersten und zweiten Weltkrieges, nie ganz besiegt worden. Allein die nach 1945 immer vorhandenen neofaschistischen Bewegungen zeigen diese Kontinuität. Heute gefährdet der Aufstieg der extremen Rechten zunehmend den friedlichen Zusammenhalt der Europäischen Union.

Rechtspopulist*innen behaupten, sie würden die Mitte der Gesellschaft repräsentieren und brächten das politisch auf den Punkt, was die Mehrheit denkt. Das ist falsch, wie z. B. die große Protestwelle gegen AfD und andere rechtsextremistische Gruppen zu Beginn des Jahres zeigt. Vielmehr handelt es sich bei dieser Behauptung um den Versuch einer Umstrukturierung gesellschaftlicher Werte, welcher direkt auf die Abschaffung demokratischer Errungenschaften zielt.

Von daher gilt es auch europäisch, die Bemühungen zur Verhinderung der sozialen Spaltung zu verstärken und die Bildungsangebote intergenerativ auszubauen. Senior*innen können einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, da sie selbst aus den Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit berichten und aufzeigen können, wohin die desaströse Entwicklung von Nationalismus und Rechtsextremismus in Europa im letzten Jahrhundert geführt hat.

Deshalb gilt es, entsprechende gemeinsame europäische Bildungsangebote für eine parteiunabhängige und gesellschaftsoffene politische Bildung zu gestalten.

10 Sozialer Isolation und Einsamkeit im Alter entgegenwirken

Aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung durch die moderne Arbeitswelt und Lebensweise wohnen immer seltener Familien über drei oder mehr Generationen nahe beieinander. Die Kinder ziehen aufgrund der Ausbildung und Arbeit weg, die Enkelkinder werden dort aufwachsen. Die Großeltern sehen sie häufig nur in den Ferien. Damit gewinnt die Frage der Einsamkeit im Alter eine höhere Bedeutung. Es besteht die Gefahr von sozialer Isolation. Das Gefühl der Einsamkeit kann eine Folge der sozialen Isolation sein und hängt vor allem davon ab, dass die objektiv vorhandenen sozialen Beziehungen nicht den sozialen Bedürfnissen entsprechen. Soziale Isolation ist ein objektiver Mangel an sozialen Kontakten und stellt einen Risikofaktor für Einsamkeit dar. Da ältere Menschen hiervon besonders betroffen sind, bedürfen sie auch einer entgegenkommenden Unterstützung.

Besonders im hohen und sehr hohen Alter kommt es zu einem Anstieg der sozialen Isolation, wovon Frauen durch ihre höhere Lebenserwartung stärker betroffen sind. Es ist deshalb dringend notwendig, intergenerative Begegnungsstätten auf- und auszubauen, ausreichend zu finanzieren und durch hauptamtliche Mitarbeitende zu unterstützen. Altenservicezentren, Stadtteilbüros, aufsuchende Sozialarbeit und andere Konzepte spielen hierbei eine große Rolle.

Angesichts der großen Bedeutung und der zunehmenden Bedeutung von Einsamkeit im Alter braucht es europäische Initiativen, die über die Einsamkeitsstrategie der Bundesregierung hinausgehen.

11 Förderung der Forschung zur Lebenssituation im Alter

Um die Herausforderungen der Änderungen der Lebenssituation älterer Menschen stärker zu berücksichtigen ist ein Ausbau der gerontologischen Forschung dringend erforderlich, hier sind europäische Initiativen notwendig und hilfreich.

Es fehlt bisher ein regelmäßiger Überblick über die Lebenssituation älterer Menschen in den europäischen Ländern. In der jährlichen Berichterstattung über die soziale und ökonomische Situation in den einzelnen Staaten der Europäischen Union fehlen bisher Aussagen zu den senior*innenpolitischen Initiativen sowie der Lebenssituation älterer Menschen in den verschiedenen Ländern. Abhilfe ist hier dringend erforderlich, um politische Initiativen auf europäischer Ebene ergreifen zu können.

2022 wurde die eine Studie „Ageismus – Altersbilder und Altersdiskriminierung in Deutschland“ im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes veröffentlicht. Diese kommt zu dem Schluss, dass die Bilder, die es in der Bevölkerung über das Altsein und Altwerden gibt, auch darauf auswirken, wie ältere Menschen sich selbst wahrnehmen und ob sie sich noch engagieren oder nicht. Diese Studie kann erst der Anfang sein zur Frage, was es in unserer Gesellschaft bedeutet, älter zu sein.

12 Internationale Arbeit der EU

Neben der EU-Ebene gibt es auch auf der Weltebene Diskussionen zu älteren Menschen. Die Vereinten Nationen (UN) haben eine Dekade des Gesunden Alterns (2021-2030) ausgerufen und damit die Forderung nach einer UN-Altenrechtskonvention zum Schutz der Rechte Älterer weltweit verbunden.

Gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Bundessenior*innenorganisationen (BAGSO) unterstützen wir, die DGB-Senior*innen, diese Forderung. Wir sehen die EU hier in der Pflicht eine wichtige Rolle zu übernehmen, damit die Menschenrechte Älterer und ihre gleichberechtigte Teilhabe gestärkt wird. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments sowie die EU-Kommission müssen ihre Verantwortung innerhalb der Staatengemeinschaft wahrnehmen und das Vorhaben einer Altenrechtskonvention bei den Vereinten Nationen aktiv vorantreiben.

Stark in Arbeit.